



Zusammenfassung der Jugendkonferenzen 2025

Mit dem Format „Jugend, Politik, Pizza“ lud Katharina Binz, Jugendministerin von Rheinland-Pfalz, im Herbst 2025 junge Menschen zu drei Jugendkonferenzen ein. Diese fanden in Bad Kreuznach, Neuwied und Worms statt. Ziel war es, mit jungen Menschen über das Thema Beteiligung – das zentrale Thema des 4. Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz¹ – ins Gespräch zu kommen sowie ihre Meinungen, Erfahrungen, Ideen und Forderungen hierzu zu diskutieren. Die Erfahrungen und Anregungen der jungen Menschen sollen nun in die jugendpolitische Arbeit des Landes und der Kommunen einfließen.

Der 4. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz erschien Anfang 2025, befasst sich mit der Beteiligung junger Menschen im Land und untersucht, wie Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz aufwachsen, welche Themen sie bewegen und wie ihre Mitbestimmung gestärkt werden kann. Der Bericht fasst Forschungsergebnisse, Praxiserfahrungen und die Sichtweisen junger Menschen zusammen – mit dem Ziel, Politik und Angebote in Rheinland-Pfalz jugendgerechter und beteiligungsorientierter zu gestalten. In den Jugendkonferenzen arbeiteten die jungen Menschen mit der Methode einer Schreibwerkstatt an drei thematischen Stationen, die auf diesem Bericht basieren. Zudem wurde je eine themenoffene Station angeboten, bei der die jungen Menschen eigene Themen und Ideen einbringen konnten.

Zu Beginn einer jeden Konferenz wurden die Teilnehmenden dazu aufgefordert, an einer kurzen digitalen Umfrage teilzunehmen. Einerseits sollte somit ein Bezug zu den Fragen aus dem Bericht hergestellt werden. Andererseits war es den Veranstaltenden wichtig zu erfahren, wie sich die Gruppe der jungen Menschen, die an den Konferenzen teilnahmen, zusammensetzte. Insgesamt nahmen 103 junge Menschen an den Jugendkonferenzen teil. Dabei kam fast die Hälfte (48) in Worms zusammen, in Bad Kreuznach tauschten sich 31 junge Menschen aus und in Neuwied 24. Weit über die Hälfte der Teilnehmenden an der Befragung (n=101²) haben angegeben, Schüler*in zu sein (56); zudem waren 13 Auszubildende, 12 Berufstätige und 15 Studierende anwesend, 5 haben sich keiner dieser Kategorien zugeordnet. 56 Teilnehmende kommen aus der Stadt, in der die

¹ Der Bericht kann [hier](#) eingesehen werden. [Stand: 20.11.2025]

² Gesamt-Anzahl der Teilnehmenden an der digitalen Abfrage; teilweise sind bei den Antworten weniger Antworten eingegangen. Dies ist entsprechend gekennzeichnet.

Jugendkonferenz stattgefunden hat (Bad Kreuznach, Neuwied und Worms). 25 % aller Teilnehmenden wohnen in dem der Stadt angrenzenden Landkreis (Landkreis Bad Kreuznach, Landkreis Neuwied und Landkreis Alzey-Worms). Knapp 20 % kamen aus einer anderen Stadt oder einem anderen Landkreis.

Abschließend wurden für diese kleine Umfrage zwei Fragen aus dem Fragebogen des 4. Kinder- und Jugendberichts gestellt. Die Teilnehmenden sollten einmal einschätzen, wie zufrieden sie mit ihrem Leben sind (Auswahlmöglichkeiten: fünf Abstufungen von „sehr unzufrieden“ bis „sehr zufrieden“). Zudem sollten sie bewerten, wie sie sich ihre Zukunft vorstellen („Ich blicke ... in die Zukunft“ – Antwortmöglichkeiten von „sehr düster“ bis „sehr zuversichtlich“ in fünf Abstufungen). Die jungen Menschen an allen drei Standorten sind im Durchschnitt zufrieden mit ihrem Leben und schauen durchschnittlich neutral (weder düster noch zuversichtlich) in die Zukunft. Bei der Onlinebefragung im Rahmen des 4. Kinder- und Jugendberichts von 1.206 befragten jungen Menschen gaben 57,8 % an, mit ihrem Leben eher zufrieden und sehr zufrieden zu sein (vgl. MFFKI 2025, S. 184ff.). So geht die Tendenz der Einschätzungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die gleiche Richtung. Eine unterschiedliche Tendenz zeigt sich bei der Einschätzungsfrage zur Einstellung zur eigenen Zukunft. So geben in der Onlinebefragung zum Bericht 69,8 % an zuversichtlich und sehr zuversichtlich in die Zukunft zu schauen (vgl. ebd., S. 191). Wobei der Durchschnitt der jungen Menschen bei den Konferenzen neutral (weder düster noch zuversichtlich) in die Zukunft blickt.

Die Ergebnisse der Jugendkonferenzen, die nachfolgend zusammengefasst dargestellt werden, zeigen ein konsistentes Gesamtbild über alle Standorte hinweg, weisen zugleich aber ortsspezifische Akzentuierungen auf. Das vorliegende Dokument dient als Zusammenfassung der drei stattgefundenen Jugendkonferenzen und bündelt die wichtigsten Erkenntnisse zu den vier Stationen:

- (1) Mitbestimmung und Beteiligung in der Freizeit,
- (2) Mitbestimmung und Beteiligung in Politik und Demokratie,
- (3) Mitbestimmung und Beteiligung am Wohnort (bzw. in Worms: Infrastruktur und Räume für Jugendliche) und
- (4) Themen der Jugendlichen.

Dabei werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Aussagen der jungen Menschen bei den Standorten hervorgehoben.

1. Mitbestimmung und Beteiligung in der Freizeit

Bei allen drei Jugendkonferenzen wurde deutlich, dass junge Menschen einen *eingeschränkten Zugang zu Freizeitangeboten* erleben. Die größten strukturellen Barrieren sind *Kosten* (Eintritte, Vereinsgebühren, Materialien) sowie ein *unzureichender ÖPNV*, um Freizeitangebote – insbesondere in den Abendstunden und am Wochenende – wahrzunehmen. Die 4-km-Regelung beim Schüler:innen-ticket (das häufig von den Kommunen als Deutschlandticket zur Verfügung wird) wird als besonders ungerecht wahrgenommen. So wird nur Schüler:innen, die außerhalb des 4 km-Radius der Schule wohnen, eine Fahrkarte finanziert, auch wenn diese bspw. die gleiche Bushaltestelle nutzen wie Schüler:innen, die innerhalb des 4 km-Radius wohnen und daher kein Ticket finanziert bekommen.

Zentral ist der Wunsch nach einer *besseren Sichtbarkeit bestehender Angebote und Möglichkeiten sich zu engagieren*. Gefordert werden digitale Plattformen, kommunale Übersichten und Formate wie Vereins- oder Ehrenamtsmessen, um sich über wohnortnahe Angebote und Möglichkeiten einzubringen und die Freizeit zu gestalten, zu informieren. Engagement wird grundsätzlich als wichtig erachtet, erscheint aber durch Zeitmangel, bürokratischen Hürden (z. B. bei möglichen Förderungen), eingeschränkte Mobilität und mangelnde Anerkennung erschwert. Darüber hinaus wird in allen drei Jugendkonferenzen verstärkt nach mehr Förderungen (strukturell und finanziell) und kostenlosen Zugängen zu Angeboten oder für Vereine gefordert.

Zusammenfassung:

- Lückenhafter ÖPNV als zentrale Hürde für Engagement oder Wahrnehmen von Freizeitangeboten
- Forderung nach günstigeren/kostenlosen Zugängen von Angeboten (z. B. Vereinsmitgliedschaften, kulturelle Angebote)
- Fehlende Informationen zu Angeboten → Wunsch nach App/Plattform zum Beispiel Instagram-Kanälen, Vereinsmesse
- Zu wenige konsumfreie Treffpunkte → Bedarf an überdachten, beleuchteten, zentralen Orten
- Engagement-Hürden: wenig Zeit, mangelnde Anerkennung, viel Bürokratie

Besonderheiten:

- Bad Kreuznach
 - Junge Menschen thematisieren den Unterschied von mehr Auswahl und Möglichkeiten im städtischen Raum im Vergleich zu ländlichen Strukturen
 - Forderung, dass Beteiligung und Engagement kein Privileg sein sollten, weil vor allem finanzielle Sicherheit und Mobilität einschränkende Faktoren sind.
- Neuwied
 - Wunsch nach kostengünstigen, kulturellen Angeboten für junge Menschen
 - Vereine sichtbar machen
- Worms
 - Wunsch nach digitalen Tools, die das Ehrenamt unterstützen (Beschaffung von Informationen, Unterstützung, um eigenes Engagement zu unterstützen/ finanzieren etc.)
 - Ehrenamt hat hohen Stellenwert bei jungen Menschen, Jugendliche scheinen wenig Kenntnisse über Möglichkeiten sich einzubringen, zu haben
 - Vor allem in Worms ist der Wunsch nach konsumfreien, sicheren und gut erreichbaren Aufenthaltsorten („Dritte Orte“) sehr präsent

2. Mitbestimmung und Beteiligung Politik und Demokratie

In allen drei Kommunen äußern die Teilnehmenden das klare Anliegen, *politisch stärker beteiligt* werden zu wollen. Die Forderung nach einem *Wahlalter ab 16 Jahren* ist eines der am häufigsten genannten Themen. Die Jugendlichen kritisieren, dass politische Informationen in Schulen nur unzureichend vermittelt werden und dass politische Akteur:innen selten direkt auf sie zugehen.

Die jungen Menschen wünschen sich niedrigschwellige Formate, die Politik erlebbar machen (Workshops, Jugendcamps, direkte Gespräche). Das Format der Jugendkonferenz wird dabei hervorgehoben und wertgeschätzt. Soziale Medien spielen eine zentrale Rolle in der politischen Informationsaufnahme.

Zusammenfassung:

- Wahlalter 16 als zentrales Anliegen aller Konferenzen
- Politikunterricht unzureichend → Forderung nach mehr Praxisbezug und Workshops
- Junge Menschen fühlen sich politisch nicht ernst genommen
- Soziale Medien als Hauptinformationsquelle → politische Akteur:innen sollen stärker digital kommunizieren
- Wunsch nach Stimmrecht in Ausschüssen, mehr direkter Ansprache, Jugendcamps

Besonderheiten:

- Bad Kreuznach:
 - Demokratieverteidigung, vor allem auch im Kontext Sozialer Medien, Aufklärung über Radikalismus in bzw. durch Soziale/n Medien muss gelingen → politische Bildung stärken, auch als Landespolitik stärker in Sozialen Medien aktiv werden und diese nicht demokratiefeindlichen Akteur:innen überlassen
 - Einstieg in die Politik erleichtern
 - junge Menschen und vor allem Jugendorganisationen zu landesweiten Veranstaltungen (z. B. Jugendkonferenzen, Dialog-Tagung) einladen
- Neuwied:
 - Teilnehmende thematisieren die Notwendigkeit von Berufsberatung
 - Erhöhung des Ausbildungsgehalts für Pflegeberufe
- Worms:
 - Wunsch nach Mitsprache bei Regelungen zu sozialen Netzwerken (Altersbeschränkungen oder Aspekte des Datenschutzes)
 - Demografischer Wandel und Rente sind wichtige Themen für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen

3. Mitbestimmung und Beteiligung am Wohnort (Worms: Infrastruktur und Räume für Jugendliche)

Die Jugendlichen berichten über *mangelnde oder unzureichende Jugendbeteiligung* auf kommunaler Ebene. Der gesetzliche Anspruch nach § 16c GemO wird vielerorts nicht umgesetzt. Die Kommunikation zwischen Kommune und jungen Menschen ist häufig unklar oder verzögert.

Infrastrukturthemen betreffen insbesondere den ÖPNV, Fahrradwege, sichere Aufenthaltsräume und Jugendtreffs. Jugendliche bemängeln, dass Orte zum Verweilen fehlen, Treffpunkte als unsicher gelten oder zu selten geöffnet sind. Ein wiederkehrendes Thema sind fehlende Beleuchtungen, Überdachung oder Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum.

Zusammenfassung:

- Bei der Umsetzung kommunaler Beteiligungsrechte gibt es Hindernisse
- Fehlende oder schlechte Infrastruktur: Busverbindungen, Fahrradwege, Treffpunkte
- Jugendlichen fehlt Rückmeldung auf kommunaler Ebene – Entscheidungen erscheinen intransparent
- Weitere Forderungen: mehr Sprayerflächen, sichere Orte, Projekttag zu Beteiligung an Schulen

Besonderheiten:

- Bad Kreuznach:
 - kostenlose Hygieneprodukte
 - Forderung nach mehr jugendgerechten Beteiligungsformen am Wohnort → Beachtung von §16c GemO
 - Forderung VG-Jugendpflege mit Schwerpunkt Jugendbeteiligung auszubauen/zu festigen
 - Beteiligungsmöglichkeiten an Schulen sichtbar machen
- Neuwied: Verkehrssicherheit (z. B. Zone 30 an Schulen und Kindergärten, Müll)
- Worms: konsumfreie, trockene, warme, sichere Aufenthaltsorte, zentrale Sprayerflächen

4. Offene Themen der Jugendlichen

Die offenen Stationen zeigen, dass Jugendliche sich mit komplexen gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzen. So stand in Neuwied das Thema *psychische Gesundheit* im Mittelpunkt: fehlende Diagnostik, mangelnde Anlaufstellen, Tabuisierung und Überforderung von Schule und Fachkräften. In Worms wurden Themen wie *Wehrpflicht, Inklusion und Barrierefreiheit* stark diskutiert.

- Große Ernsthaftigkeit der eingebrachten Themen: psychische Gesundheit, Inklusion, Klimaschutz, Wehrpflicht, Unterstützungssysteme

Besonderheiten

- Neuwied: psychische Gesundheit: Diagnostik, Anlaufstellen, Tabuisierung, mehr Aufklärung
- Worms:
 - Barrierefreiheit/ Inklusion
 - Debatte Wehrpflicht
 - Kulturpass
 - Wahlalter 16

Zusammenfassendes Gesamtbild

Die Jugendkonferenzen zeigen deutlich, dass junge Menschen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und sich konstruktiv einzubringen. Sie fordern faire Zugangschancen, ernsthafte politische Beteiligung und jugendgerechte kommunale Strukturen. Über alle Standorte hinweg zeigen sich folgende Schlüsselthemen:

- Absenkung des Wahlalters ab 16 Jahren
- Demokratieverteidigung, dazu gehören auch die Möglichkeiten durch Soziale Medien
- Verbesserung des ÖPNV (insbesondere Taktung und Kostenregelungen)
- Erhöhung der Sichtbarkeit und Zugänglichkeit von Freizeit- und Engagementangeboten
- Ermöglichung konsumfreier, sicherer Aufenthaltsorte
- Anbieten niedrigschwelliger politischer Bildungsformate
- Stärkung kommunaler Jugendbeteiligung